



Dr. h. c. Susanne Kastner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Pressemitteilung
Änderung des Atomgesetzes
Abstimmungsmarathon im Deutschen Bundestag

Berlin, 28.10.2010

Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77332
Fax: +49 30 227-76267
susanne.kastner@bundestag.de
www.susanne-kastner.de

Berlin. In einem wahren Abstimmungsmarathon mit mehr als 20 namentlichen Abstimmungen wurde heute im Deutschen Bundestag die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken in Deutschland beschlossen. Hierzu teilt die Bundestagsabgeordnete Susanne Kastner folgendes mit:

„Das große Interesse der Bevölkerung und auch die Proteste sind vollkommen verständlich, sind doch erhebliche negative Auswirkungen durch diese Gesetzesänderung zu erwarten.“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Kastner. Bereits ab 8:00 Uhr hatten sich zahlreiche Demonstranten zu einer Protestkette im Regierungsviertel eingefunden. Lautstark gaben sie ihrem Unmut über die geplante Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke zum Ausdruck.

Ab 9:15 Uhr wurde die Bundestagsdebatte zur Änderung des Atomgesetzes auf einer Großleinwand vor dem Brandenburger Tor übertragen. Dort verfolgten die Teilnehmer der Kundgebung, wie nach einer hitzigen Debatte die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen und vor allem gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Verlängerung der Laufzeiten beschloss.

„Ich halte das Vorgehen der schwarz-gelben Regierungskoalition für unverantwortlich.“, sagte Susanne Kastner. „Es gibt schließlich noch immer kein Endlager, doch wird nun weiterhin hochgefährlicher Atommüll produziert und gleichzeitig der Ausbau der Erneuerbaren Energien blockiert. Die Änderung des Atomgesetzes bedroht Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien und vor allem auch Neuinvestitionen der kommunalen Versorgungsunternehmen.“

Der unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg habe damals einen Investitionsschub im Bereich der regenerativen Energieversorgung ausgelöst. Neue Anbieter, Stadtwerke und Überlandwerke hätten sich darauf eingestellt, mit



den eigenen Kraftwerken die stillgelegten AKWs zu ersetzen. Durch die Laufzeitverlängerung sei nun die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben. Im Ergebnis werden deshalb geplante Investitionen verschoben oder sogar zurückgenommen, sodass die erwarteten Gewinne in den kommunalen Haushalten fehlen werden, die für die Finanzierung von Schwimmbädern, Büchereien, Stadtbuslinien und dergleichen eingeplant waren.

„Die Laufzeitverlängerung ist reine Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, von der hauptsächlich die großen vier Atomstromlieferanten RWE, EON, EnBW und Vattenfall profitieren.“, so Kastner. Die Oppositionsfraktionen kündigten bereits im Plenum des Deutsche Bundestages an, ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu bemühen, um das offensichtlich verfassungswidrige Gesetz wieder zum Fall zu bringen.